

Das Finanzkapital:

Die systematische Bedeutung des Finanzgeschäfts und die öffentliche Gewalt

Die Politik rettet in der Krise die Banken wegen ihrer „Systemrelevanz“. Die Erläuterungen, die dazu in Umlauf sind, geben allerdings wenig Auskunft über das System und die Relevanz, die darin dem Kreditgewerbe zukommt; ebenso wenig über Gründe und Art der staatlichen Rettung und darüber, wie der Staat generell mit seiner Rechts- und Geldhoheit dem Finanzgewerbe dient und wie er sich seiner bedient. Was haben die jetzt in Verruf gekommenen, weil gescheiterten ‚hochspekulativen‘ Geschäfte mit der überragenden Wichtigkeit des Bankgewerbes zu tun? Was packen die Banker eigentlich an, was man jetzt sachwidrig in ehrenwerte Kreditdienste und unverantwortliche Spekulation auseinander dividiert und wozu man ihnen dann doch insgesamt Gelingen wünscht? Die Höchste Gewalt jedenfalls bekennt sich mit ihrem Aufwand, mit dem sie die Kreditwirtschaft einschließlich ihrer Wertpapiere und Derivate vor der Pleite bewahrt, zu der Abhängigkeit ihres Wirtschaftssystems vom Gelingen der Finanzwirtschaft.

Der dritte Teil des Grundsatz-Artikels über das Finanzkapital widmet sich dem Verhältnis des Staats zum Finanzgeschäft. Sowohl dessen systemgemäße Leistungen wie die staatliche Haushalts- und Geldpolitik und deren Widersprüche kommen dabei ausgiebig zur Sprache. Nebenbei wird auch das kapitalistische Rätsel der Inflation aufgelöst.

Anmerkungen zu Griechenlands Staatsbankrott

Wie sich Griechenland in den Bankrott gewirtschaftet hat, ist für den öffentlichen Sachverstand keine Frage: „Über seine Verhältnisse gelebt“ hat das Land, der Staat und all seine Bevölkerung: 'Korruption, keine Steuerermoral, überbezahlte überflüssige Staatsbedienstete, und den europäischen Aufsehern seine wahren Bilanzen verheimlicht! Mitten in Europa gegen alle guten Sitten der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verstoßen! Klar, dass das nicht gutgehen konnte – und jetzt die soliden europäischen Nationen, ‚uns‘ und ‚unseren Euro bedroht!‘ So ungefähr soll man sich das vorstellen. Ein ungerechtes Urteil. Niemand hat sich ja im Bezug auf Griechenland wirklich etwas vorgemacht, das Land gehört außerdem seit nicht wenigen Jahren wie alle anderen zur europäischen Union – und anders gewirtschaftet haben die anderen Nationen schon gleich nicht. Dem Land ist nur – was seine nationale Bilanz angeht – seine Mitgliedschaft nicht zum Guten geraten. Im weiteren aber deckt seine ökonomische Notlage die Krisenlage der gesamten Euro-Staatengemeinschaft auf; und damit auch den Widerspruch des Euro: Da wirtschaften *konkurrierende* Staaten auf nationale Rechnung in einem *gemeinsamen* Geld. Insofern ist Griechenlands aktuelle Pleite auch ein Offenbarungseid in Sachen Fortschritt Europas. Deswegen haben dessen Hauptakteure auch alle Hände voll zu tun, den drohenden Bankrott als Sonderfall Griechenland zu behandeln, durch ein europäisch verordnetes Haushaltsregime einzudämmen – um finanzkapitalistisches Vertrauen in den Euro insgesamt zu stiften. Der griechische Staat soll sich durch Verelendung wieder kreditwürdig machen. Ein schöner Auftrag.

Das neue Europa in der Krise

Angesichts des Krisenzustands der osteuropäischen EU-Anschlussländer konstatiert die Öffentlichkeit das Scheitern des „über einige Jahre sehr erfolgreichen Entwicklungsmodells von *Emerging Europe*“. Von einem Modell zum Vorankommen der Ostländer kann allerdings keine Rede sein. Da sind Staaten an den Euro-Wirtschaftsraum angeschlossen worden, haben selber auf diesen Anschluss gesetzt – und sind zum Anlageobjekt europäischen Kapitals und finanzkapitalistischen Spekulationsobjekt geworden. Es sind die Konsequenzen dieses Anschlussprogramms, die sich jetzt krisenmäßig geltend machen und den widersprüchlichen ökonomischen Status der östlichen EU-Mitglieder offenbaren. Was da wächst und jetzt einbricht, das ist zugleich ein Berg europäischen Finanzkapitals, das vornehmlich den nationalen Reichtum dieser Länder ausmacht und jetzt aus diesen Ländern massenhaft Geld ab- und ihnen Kredit entzieht. Der Artikel zieht anlässlich der Krise eine *Zwischenbilanz der Transformation*, würdigt ausführlich Programm und Ergebnis des Anschlusses sowie das europäisch verordnete Krisenbewältigungsprogramm, das diesen Ländern Sanierung im Dienste europäischer Bilanzen abverlangt. Das beflügelt enttäuschten Nationalismus.